

# Verdrängungspolitik durch die „Task Force Problemimmobilien“

Urbane Sicherheitsproduktion in Duisburg-Hochfeld

Ellen Drutschmann, Lena Wiese

## 1. Stadtpolitik zwischen Sicherheit und Verdrängung

Die Stadt Duisburg (2024a) präsentiert die Sanierung zwangsgeräumter Wohnungen als Erfolg ihrer Stadtpolitik, und zwar mit den Worten: „Aus Lebensgefahr wurde Lebensraum“. Drei kernsanierete Häuser in der Gravelottestraße in Duisburg-Hochfeld wurden nach Eigentümerwechsel wieder auf den freien Wohnungsmarkt gebracht – zu deutlich höheren Mietpreisen. Dass dieselben Gebäude zwei Jahre zuvor aufgrund „eklatanter brandschutztechnischer Mängel“ (ebd.) zwangsgeräumt worden waren und ihre mehrheitlich rumänischen und bulgarischen Bewohner\*innen dabei obdachlos wurden und Proteste organisierten, erwähnt die Stadt nicht.

Diese Auslassung spiegelt einen strukturellen Mechanismus wider: Sicherheitspolitische und administrative Maßnahmen versetzten in den letzten Jahren insbesondere Rom\*nja aus Rumänien und Bulgarien in einen Zustand der De-Citizenship (Balibar 2004), in dem ihnen ihre Rechte faktisch entzogen werden. Ihre Vertreibung legitimiert die Stadt mit kriminalisierenden Narrativen, die ihren Ausschluss als Sicherheits- und Ordnungsmaßnahme rahmen. Das folgt dem Muster neoliberaler Sicherheitsproduktion (Belina 2023b [2011]), nachdem soziale Probleme nicht gelöst, sondern durch Kontrolle und Verdrängung verwaltet werden.

Seit 2014 überprüfte die „Task Force Problemimmobilien“, ein Netzwerk aus städtischen Behörden, Polizei, Feuerwehr, Jobcenter und weiteren Akteur\*innen, 177 Wohngebäude in Duisburg und untersagte die weitere Nutzung (Stand November 2024). Seit 2019 trafen die Einsatzkräfte auf 3.330 Personen, darunter 1.234 Minderjährige. Besonders betroffen sind migran-tisch geprägte, einkommensarme Stadtteile wie Duisburg-Marxloh (80

Immobilien) und Duisburg-Hochfeld (34 Immobilien), die seit Jahren das Ziel von Aufwertungs- und Sicherheitsstrategien der Stadt sind (Stadt Duisburg 2024b). Auffällig ist, dass Gebäude häufig erst dann in den Fokus der städtischen „Task Force“ rücken, wenn Beschwerden von Nachbar\*innen über die dort lebenden Bewohner\*innen eingehen. Dabei beziehen sich diese Beschwerden nur selten auf konkrete bauliche Missstände – also auf jene formellen Mängel, die später als Räumungsgrund herangezogen werden. Stattdessen richten sie sich oft gegen wahrgenommene Lärmbelästigung, Müllaufkommen oder die bloße Präsenz bestimmter Bevölkerungsgruppen – insbesondere solcher aus Südosteuropa. Die Auswahl der Objekte wirkt daher willkürlich. Sie reproduziert diskriminierende Wahrnehmungen, indem Vorurteile sozialer und ethnischer Art den Ausschlag dafür geben, welche Gebäude überhaupt überprüft werden. Auffällig ist, dass Gebäude oft erst nach Beschwerden von Nachbar\*innen auf die Liste kommen – ein willkürliches und potenziell diskriminierendes Auswahlverfahren.

## **2. Duisburg-Hochfeld als Forschungsfeld**

Die Anzahl wissenschaftlicher Analysen zu Duisburg-Hochfeld stieg parallel zur Problematisierung des Stadtteils (Schramm/Pries 2024) und zum Einfluss von Top-down-Akteur\*innen der Aufwertung wie dem Initiativkreis Ruhr – ein Zusammenschluss großer Unternehmen (z. B. Vonovia, Siemens, Vivawest oder Thyssenkrupp) und Institutionen der Region. Aktuelle Forschungen zeigen, dass die städtische Sicherheits- und Ordnungspolitik zunehmend mit sozialer Exklusion und neoliberalen Stadtentwicklungsstrategien verknüpft ist. Studien zu urbaner Governance (Wacquant 2007; Sassen 2014) verdeutlichen, dass der Ausschluss marginalisierter Gruppen durch eine Kombination rechtlicher, administrativer und polizeilicher Maßnahmen erfolgt. Neuere Arbeiten zu Zwangsräumungen in europäischen Städten (van Baar 2017; Holm 2010) zeigen zudem, dass diese häufig als Mittel zur Gentrifizierung genutzt werden. In Duisburg-Hochfeld ist dieser Prozess besonders stark mit sicherheitspolitischen Diskursen und der gezielten Verdrängung südosteuropäischer Migrant\*innen verbunden – ein Phänomen, das über die lokale Ebene hinausweist (Neuburger/Hinrichs 2022).

Dass die Betroffenen die Zwangsräumungen als diskriminierend und rassistisch empfinden, belegen Interviews, teilnehmende Beobachtungen und Protokolle, die unter anderem im Rahmen des Forschungsprojekts

„Diskriminierung jenseits der Kategorien“ (Laufzeit von Mai 2023 bis Juni 2024) erhoben wurden (Manolova/Schlee/Wiese 2024). Darüber hinaus wurden während der ehrenamtlichen Sozialberatung im Zentrum für Kultur umfassende qualitative Daten erhoben, die Einblicke in die Erfahrungen und Perspektiven betroffener Familien über einen längeren Zeitraum ermöglichten. Seit 2021 wurden mindestens zehn Räumungen kritisch begleitet, in dem Beobachtungsprotokolle während der Räumungen verfasst und Fotos gemacht wurden, die zuständigen Behörden um Stellungnahme gebeten und die betroffenen Familien bei der akuten Wohnungssuche unterstützt wurden. Durch die Räumungen verloren rund 500 Menschen nicht nur ihr Zuhause, sondern auch ihre Post- und Meldeadressen und somit zustehende Ansprüche auf Sozialleistungen. Zudem gefährdete die existenzielle Notlage massiv den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder (Wiese 2024).

Dieser Beitrag baut auf den empirischen Erkenntnissen der Stadtteilarbeit auf und erweitert die bisherigen Forschungsperspektiven durch Ansätze der kritischen Stadt- und Grenzforschung mit Fokus auf Raumkontrolle (Belina 2023a [2011]) und De-Citizenship-Prozesse (Balibar 2004). Der Begriff der Raumkontrolle bezieht sich dabei auf ein spezifisches Instrument zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung im Kontext neoliberaler städtischer Entwicklungen. Dabei nutzen verschiedene Institutionen sozialer Kontrolle wie Polizei, Ordnungsamt oder Soziale Arbeit Raum als Mittel zur Aufrechterhaltung der Produktionsverhältnisse. Menschen, die als nicht ökonomisch verwertbar gelten, werden dabei systematisch bearbeitet und verdrängt. Die Kontrolle über den Raum ist somit ein legales Instrument zur räumlichen und gesellschaftlichen Ausgrenzung prekarisierter Menschen, dem weder Klassismus noch Rassismus vorgeworfen wird. Der von Balibar geprägte Begriff der De-Citizenship beschreibt Prozesse der schrittweisen Entrechtung, durch die bestimmten Gruppen faktisch die staatsbürgerlichen Rechte entzogen werden. Das geschieht nicht durch einen formalen Statusverlust, sondern durch administrative, rechtliche und sicherheitspolitische Maßnahmen, welche die politische und soziale Teilhabe dieser Menschen faktisch einschränken. Die behördliche Praxis in Duisburg lässt sich als Verschränkung beider Strategien verstehen: Durch die Verschränkung von Raumkontrolle und De-Citizenship werden Menschen ihre Bürger\*innenrechte nicht formal entzogen. Stattdessen werden sie ihnen durch systematische räumliche und

rechtliche Ausgrenzung faktisch verweigert. Zwangsräumungen sind in diesem Zusammenhang nicht nur administrative Maßnahmen, sondern Teil einer sicherheitspolitischen Strategie, die soziale und ethnische Zugehörigkeit als Selektionskriterium nutzt. Kriminalisierende Diskurse beschreiben die Betroffenen als Bedrohung für die Stadtgesellschaft, was ihre Vertreibung legitimiert und institutionell verankert.

Neben diesen eher strukturellen Ansätzen ermöglichen interaktionistische Ansätze *from below* (Bareis/Cremer-Schäfer 2013) eine systematischere Betrachtung der asymmetrischen Machtbeziehungen, speziell mit Blick auf die Aneignung von Wohnraum als umkämpftem sozialen (Aushandlungs-)Prozess (Rinn 2024). Diese Perspektive auf die „Arbeit am Wohnen“ erinnert daran, dass Akteur\*innen prekärer Wohnverhältnisse sich nicht ausschließlich als passive Opfer ihrer Verhältnisse verstehen müssen, sondern trotz eines prekären rechtlichen Status Handlungsstrategien entwickeln können, um ihren Wohnraum zu sichern und in ihrem Sozialraum zu bleiben. Alltägliche Kämpfe um Wohnraum sind Ausdruck einer widerständigen Dimension, die im stadtpolitischen Diskurs häufig unsichtbar bleibt. Wohnen ist demnach nicht nur ein Zustand, sondern ein fortlaufender Aushandlungs- und Aneignungsprozess.

### **3. Duisburg-Hochfeld als umkämpfter Sozialraum**

Hochfeld ist ein postindustrieller Stadtteil mit hoher Bebauungsdichte, geprägt von Migration und sozioökonomischer Benachteiligung. Bereits in den 1960er Jahren zogen Gastarbeiter\*innen aus der Türkei und Südeuropa hierher, später folgten Geflüchtete vom Balkan sowie Spätaussiedler\*innen aus der ehemaligen Sowjetunion. Seit der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien wuchsen die entsprechenden Communitys stark an. Rund 35 Prozent der Bewohner\*innen von Duisburg-Hochfeld gelten als einkommensarm (Stadt Duisburg/EG DU 2021, S. 9 f.). Prekäre Beschäftigung, ein eingeschränkter Zugang zu Sozialleistungen und Bildungssystem sowie mangelnde Gesundheitsvorsorge – trotz rechtlicher Ansprüche – verschärfen die Problemlagen. Das verstärkt auch die Stigmatisierung Hochfelds als marginalisiertem Stadtraum.

Ein weiteres Problem ist die Eigentumsstruktur vieler Immobilien. Private Kleininvestor\*innen und internationale Immobilienfonds betrachten diese vielfach als Spekulationsobjekte, ohne langfristige

Instandhaltung zu betreiben. Finanzschwache Mieter\*innen zahlen häufig überhöhte Mieten für unsanierte Wohnungen – oft aus Angst vor unrechtmäßigen Kündigungen – ohne sich mit den Mitteln des Rechtsstaats wehren zu können, nicht zuletzt aufgrund unsicherer Arbeitsverhältnisse. Anstatt diese strukturellen Abhängigkeiten als sozialpolitische Herausforderung zu begreifen, rahmt die Stadt diese als sicherheitspolitisch. Wohnungen in sanierungsbedürftigem Zustand werden nicht als Resultat von Verdrängung und Marktlogiken angesehen, sondern mit dem vermeintlich devianten Verhalten der Bewohner\*innen erklärt. Auf diese Weise verschränken sich Raumkontrolle und Kriminalisierungsprozesse miteinander. Marginalisierte Gruppen werden so nicht vom regulären Wohnungsmarkt, sondern schrittweise auch aus dem Schutzbereich sozialer Rechte verdrängt. Nicht nur ist Wohnraum ein knappes und umkämpftes Gut. Auch die Art und Weise seiner Nutzung und Aneignung unterliegt sozialen Aushandlungsprozessen, in denen bestimmte Praktiken als illegitim markiert werden können. Bewohner\*innen, die sich durch eigene Reparaturen oder kollektive Nutzung Wohnraum sichern, geraten in den Fokus einer Ordnungspolitik, die solche Praktiken als unsachgemäße Nutzung oder Überbelegung kriminalisiert.

Auch bei der Wohnraumspekulation spielen Zwangsräumungen eine Rolle. Durch die staatlich legitimierte Verdrängungspraxis werden Gebäude von prekarierten Mieter\*innen „befreit“ und so renditefördernde Investitionen ermöglicht. Die Stadt fungiert somit nicht nur als Vollstreckerin von Ordnungspolitik, sondern auch als indirekte Akteurin der Kapitalverwertung. Immobilienunternehmen profitieren von den Zwangsräumungen, da sie aufgrund der anschließenden Modernisierung und Mieterhöhung maximale Profite erzielen können. Gleichzeitig werden marginalisierte Bevölkerungsgruppen aus lukrativer werdenden Stadtteilen verdrängt. Das führt zu einer sozial selektiven Restrukturierung der Stadt. Sicherheit wird nicht als Schutz, sondern als Ausschlussmechanismus verstanden. Die Politik verwaltet Räume somit explizit nicht im Interesse einkommensschwacher Gruppen.

#### **4. Governing Hochfeld: Sicherheitspolitik, Kriminalisierungskurse und Verdrängung**

Parallel zur Arbeitnehmerfreizügigkeit schuf das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Wohnraumstärkungsgesetz NRW ein Instrument für Nutzungsuntersagungen nicht regulärer Mietverhältnisse. Offiziell soll

es zur Bekämpfung ausbeuterischer Mietverhältnisse dienen (MHKBD 2023). Zwangsräumungen begründet die Kommune als letztes Mittel mit akuter Gefahr für Leib und Leben und stützt sich dabei auf das Wohnraumstärkungsgesetz. Knapp 50 Prozent der zwangsgeräumten Mieter\*innen stammen aus Rumänien und etwa 30 Prozent aus Bulgarien (Stadt Duisburg 2024b). Die Stadt betont in der Kommunikation ihrer Leitlinien die Wiederherstellung von Sicherheit, Ordnung und intakten Nachbarschaften. Gleichzeitig rücken Medienberichte die Betroffenen in die Nähe „krimineller Machenschaften“ (WAZ 2025).

Die geplante Aufwertung und sozio-ökonomische Neujustierung Hochfelds wird durch Stadtentwicklungsmaßnahmen wie das Programm „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte“ und die Internationale Gartenausstellung 2027 flankiert (Tita et. al. 2021), die den Stadtteil für zahlungskräftigere Menschen attraktiver machen sollen. Dies geht mit einer zunehmenden Versicherheitlichung des öffentlichen Raums und Investitionsinteressen, die neue Marktdynamiken im Quartier erzeugen, einher.

Die Praxis der „Task Force Problemimmobilien“ lässt sich als Beispiel dieser sicherheitsorientierten Stadtpolitik verstehen, die soziale Probleme durch Kriminalisierungsdiskurse reguliert. In Anlehnung an den Kriminologen Jonathan Simon (2007) beschreibt Bernd Belina (2023b [2011]) diesen Mechanismus als „Governing Through Crime Through Space“: Urbane Governance erfolgt über sicherheitspolitische Narrative, die Armut und Migration als ordnungspolitische Probleme behandeln und räumlich verorten.

Dieses Vorgehen schafft neue Grenzen innerhalb der Stadt (Ceylan 2018): EU-Bürger\*innen, die formal Freizügigkeit genießen, werden durch die Zerstörung ihrer Wohnperspektiven aus gesellschaftlichen Strukturen ausgeschlossen. Die Stadtteile, in denen sie leben, werden nicht als Orte sozialer Ressourcen betrachtet, sondern als Zonen, die diszipliniert und reguliert werden müssen. Die Beseitigung sogenannter Problemimmobilien dient somit nicht nur der baulichen Neugestaltung, sondern auch der selektiven Kontrolle darüber, wer in diesen Räumen verbleiben darf und wer als unerwünscht markiert werden kann. Der Stadtteil Hochfeld wird dabei – mit Balibar gesprochen – zugleich zum Schauplatz einer Politik der De-Citizenship.

## 5. Die Task Force Problemimmobilie, die Räumungspraxis und ihre Auswirkungen

Das zentrale Instrument dieser Politik ist die „Task Force Problemimmobilien“. Seit 2017 ist sie Teil eines landesweiten Programms, das Kommunen wie Duisburg, Dortmund und Gelsenkirchen mit finanziellen Mitteln für Entmietung, Erwerb und Herrichtung von Immobilien unterstützt (MHKBD 2023: 18, 41). Die offizielle Definition von einer Problemimmobilie ist weit gefasst: Neben baulichen Missständen umfasst sie auch Risiken für Sicherheit und Ordnung oder Hindernisse für städtebauliche Entwicklungsziele. In der Praxis dient das Konzept als Legitimationsrahmen für staatliche Interventionen, die bestimmte Bevölkerungsgruppen kriminalisieren und räumlich ausgrenzen. Während Gelsenkirchen zur Übernahme der Gebäude eine kommunale Stadterneuerungsgesellschaft gegründet hat, setzt Duisburg auf einen repressiven Sonderweg von Nutzungsuntersagungen und Unbewohnbarkeitserklärungen (ebd.: 61 ff.). Die Rhetorik der Stadt fokussiert weniger die prekären Lebensverhältnisse der Bewohner\*innen als Gefahrenabwehr und vermeintliche Aufwertung (Stadt Duisburg 2024a). Dieser Diskurs markiert Migrant\*innen als Bedrohung für die soziale Ordnung.

Die Einsätze der „Task Force“ finden regelmäßig mittwochs zwischen acht und neun Uhr morgens statt. Sie konzentrieren sich auf die Überprüfung von Brandschutz, Flucht- und Rettungswegen, Statik sowie elektrischen Installationen. Auch bauliche Mängel wie defekte Heizungsanlagen werden begutachtet (MHKBD 2023: 38). Laut den erwähnten Dokumentationen von Räumungen entscheiden die Ordnungskräfte innerhalb eines Zeitfensters von rund 40 Minuten, ob eine unmittelbare Gefahr für die Bewohner\*innen besteht, die eine sofortige Zwangsräumung rechtfertigt. Grundlage dafür ist eine Nutzungsuntersagung nach § 82 Abs. 1 Satz 2 und § 58 Abs. 2 Satz 2 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie § 9 Abs. 1 des Wohnraumstärkungsgesetzes. Die sofortige Vollstreckung erfolgt nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Auffällig ist, dass die Auswahl der geräumten Häuser nicht transparent erfolgt. Internen Berichten zufolge werden viele Gebäude nach Beschwerden aus der Nachbarschaft auf eine interne Liste gesetzt. Unklar ist, nach welchen Kriterien die Einsätze priorisiert werden. Die Maßnahmen betreffen überproportional Haushalte von Rom\*nja aus

Bulgarien und Rumänien, die ohnehin strukturell benachteiligt sind. Ein Beispiel ist die Räumung eines Hauses in der Gravelottestraße am 4. Mai 2022. Das Jobcenter kündigte den betroffenen Bewohner\*innen bereits zwei Wochen im Voraus den Verlust ihrer Sozialleistungen an – mit der Begründung, dass sie nach der Räumung nicht mehr in Duisburg gemeldet sein würden (Manolova/Schlee/Wiese 2024, 9 ff.). Das deutet darauf hin, dass die Gefährdungsbewertung vor Ort lediglich der nachträglichen Legitimation bereits getroffener Entscheidungen dient.

Für die betroffenen Haushalte haben die Zwangsräumungen gravierende Folgen: Nach der automatisch erfolgten Abmeldung sind die Bewohner\*innen der geräumten Wohnungen obdachlos und mittellos. Sie verlieren den Zugang zu Sozialleistungen und Bildungseinrichtungen. Eine systematische Nachsorge oder alternative Wohnangebote seitens der Stadt gibt es nicht beziehungsweise diese sind nicht wirksam. Unterstützungsnetzwerke bestehen fast ausschließlich innerhalb der betroffenen Communitys selbst. Diese sind allerdings durchaus wirksam. Nach Räumungen in der Gravelottestraße organisierte sich beispielsweise spontaner Protest gegen die entmenschlichende Behandlung, der die Stadt als verantwortliche Akteurin klar adressierte. Verwaltungsabläufe wie Terminvereinbarungen zur Abholung von Möbeln stellen zusätzliche Hürden dar. Die Termine müssen schriftlich mit dem Ordnungsamt und dem privaten Sicherheitsdienst Octeo vereinbart werden. Diese Anforderung können viele Betroffene aufgrund sprachlicher Barrieren kaum erfüllen (Manolova/Schlee/Wiese 202, 10 f.).

Nach Räumung und Sanierung steigen die Mieten signifikant – sodass sie für prekarierten migrantische Haushalten nicht mehr bezahlbar sind. Das zeigt, dass die Stadt nicht auf eine allgemeine Verbesserung der Wohnverhältnisse abzielt, sondern auf eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Auffällig ist in diesem Zusammenhang die selektive Anwendung des Wohnraumstärkungsgesetzes: Brandschutzmängel, die als Hauptgrund für Räumungen angegeben werden, existieren auch in zahlreichen anderen Altbauwohnungen der Stadt, ohne dass dort vergleichbare Maßnahmen ergriffen würden. Die Tatsache, dass Räumungen gehäuft in aufwertungsgefährdeten Stadtteilen wie Duisburg-Hochfeld und -Marxloh stattfinden, während sogenannte Problemimmobilien in anderen Stadtteilen toleriert werden, deutet auf eine strategische Nutzung des Gesetzes hin.

## 6. Fazit: Zwangsräumungen als Mittel kommunaler Sicherheitspolitik und sozialer Ausgrenzung

Die Zwangsräumungen in Duisburg-Hochfeld sind kein Einzelfall, sondern Teil einer systematischen Politik sozialer Kontrolle und Verdrängung. Die Stadt tritt nicht als soziale Akteurin auf, sondern als Vollstreckerin einer repressiven Ordnungspolitik. Das Beispiel zeigt, dass nicht nur Marktmechanismen oder individuelle Entscheidungen die Segregation befördern, sondern auch administrative Maßnahmen und kriminalisierende Narrative diese gezielt produzieren.

Die selektive Anwendung des Wohnraumstärkungsgesetzes verdeutlicht die politische Instrumentalisierung von Sicherheitsdiskursen. Die Tatsache, dass Gebäude erst nach Beschwerden aus der Nachbar\*innenschaft auf die Räumungsliste gelangen, unterstreicht die Willkür des Vorgehens und verweist zugleich auf tief verwurzelte diskriminierende Strukturen in der Stadtgesellschaft. Besonders Rom\*nja aus Rumänien und Bulgarien sind davon betroffen – mithin eine Gruppe, die in öffentlichen Debatten häufig mit deviantem Verhalten assoziiert wird. Die Stadt Duisburg nutzt und verstärkt diese Stigmatisierung gezielt, um Zwangsräumungen als notwendige Maßnahme zur Stabilisierung des Stadtteils zu präsentieren. Armut und Migration betrachtet sie dabei nicht als soziale Herausforderungen, sondern als ordnungspolitische Bedrohungen. Zwangsräumungen sind in dieser Hinsicht keine isolierten Maßnahmen, sondern Teil einer umfassenderen Strategie mit dem Ziel, den Stadtteil für wirtschaftlich stärkere Gruppen attraktiver zu machen. Eine Auseinandersetzung mit Mechanismen von institutionellen Rassismen bleibt hingegen weitgehend aus.

Die Auswirkungen dieser Politik sind weitreichend: Die Zwangsräumungen schaffen faktisch neue innerstädtische Grenzen. EU-Bürger\*innen, die ohnehin unter prekären Arbeits- und Wohnbedingungen leiden, verlieren mit ihrer Meldeadresse auch ihren Zugang zu grundlegenden sozialen Sicherungssystemen. Zwar betont die Stadt Duisburg in ihrer öffentlichen Kommunikation, sie biete Unterstützung und Folgeangebote für Betroffene an – in der Realität aber bleiben diese Hilfen oft wirkungslos, unzureichend oder erreichen die Menschen gar nicht. In vielen Fällen handelt es sich um symbolische Angebote, die weniger der tatsächlichen Unterstützung dienen als der rechtlichen und politischen Absicherung des eigenen Handelns. Eine echte, strukturierte Nachsorge für geräumte Haushalte findet de facto nicht statt.

Duisburg-Hochfeld ist ein Beispiel für eine Stadtpolitik, die Sicherheitsdiskurse als Mittel der Exklusion nutzt – mit langfristigen Folgen für die betroffenen Bewohner\*innen und das soziale Gefüge des Stadtteils.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.

### Autor\_innen

**Ellen Drutschmann** ist Politologin und Sozialarbeiterin. Sie studiert Geographische Stadtforschung im Master an der Goethe Universität Frankfurt.  
info@zeitschrift-suburban.de

**Lena Wiese** ist interdisziplinäre Stadt- Sozial- und Migrationsforscherin. Sie ist als Vorstand im Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen e.V. in Duisburg Hochfeld aktiv.  
wiese@sgdv.org

### Literatur

- Balibar, Étienne (2004): *We, the people of Europe? Reflections on transnational citizenship*. Princeton: Princeton University Press.
- Bareis, Ellen / Cremer-Schäfer (2013): Empirische Alltagsforschung als Kritik. Grundlagen der Forschungsperspektive der „Wohlfahrtsproduktion von unten“. In: Gunther Graßhoff (Hg.), *Adressaten, Nutzer, Agency*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 139-159.
- Belina, Bernd (2017): *Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd (2023a [2011]): *Gefährliche Abstraktionen. Regieren mittels Kriminalisierung und Raum. Beiträge 2005-2023*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd (2023b [2011]): *Governing Through Crime Through Space (2011)*. In: Bernd Belina (Hg.), *Gefährliche Abstraktionen. Regieren mittels Kriminalisierung und Raum. Beiträge 2005-2023*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 110-123.
- Ceylan, Rauf (2018): *Neue Migrantengruppen und alte Ausgrenzungsmechanismen im Kontext der Etablierten-Außenseiter-Figuration*. In: Rauf Ceylan / Markus Ottersbach / Petra Wiedemann (Hg.), *Neue Mobilitäts- und Migrationsprozesse und sozialräumliche Segregation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 87-98.
- Holm, Andrej (2010): *Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung*. Münster: Unrast.
- MHKBD – Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (2023): *Modellvorhaben Problemimmobilien. Bilanz 2017-2022*. Düsseldorf: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen. [https://www.mhkbd.nrw/system/files/media/document/file/bilanz-2017-2022\\_modellvorhaben-problemimmobilien\\_mhkbd.pdf](https://www.mhkbd.nrw/system/files/media/document/file/bilanz-2017-2022_modellvorhaben-problemimmobilien_mhkbd.pdf)
- Manolova, Polina / Schlee, Thorsten / Wiese, Lena (2024): *Multiple Prekarisierung – Zur Lebenslage osteuropäischer Migrant\*innen in urbanen Sozialräumen: Am Beispiel der beiden Duisburger Stadtteile Hochfeld und Marxloh*. IAQ-Report 2024/10, Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Oktober 2024. <https://doi.org/10.17185/dupublico/82507>
- Neuburger, Tobias / Hinrichs, Christian (2023): *Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rinn, Moritz (2024): *Arbeit am Wohnen. Zur schwierigen Aneignung eines städtischen Reproduktionsmittels*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

## Verdrängungspolitik durch die „Task Force Problemimmobilien“

- Sassen, Saskia (2014): *Expulsions. Brutality and complexity in the global economy*. Cambridge: Belknap Press.
- Schramm, Christian / Pries, Ludger (2024): *Komplexe Migration – Differenzierte Integration. Lokale Dynamiken zwischen Rumänien/Bulgarien und dem Ruhrgebiet*. Baden-Baden: Nomos.
- Simon, Jonathan (2007): *Governing through crime. How the war on crime transformed American democracy and created a culture of fear*. Oxford: University of Oxford Press.
- Stadt Duisburg (2024a): *Task Force Problemimmobilien: Drei Mehrfamilienhäuser nach erfolgreicher Sanierung wieder freigegeben*. 22.8.2024. [https://www.duisburg.de/guiapplications/newsdesk/publications/Stadt\\_Duisburg/102010100000254194.php](https://www.duisburg.de/guiapplications/newsdesk/publications/Stadt_Duisburg/102010100000254194.php) (letzter Zugriff am 1.11.2024).
- Stadt Duisburg (2024b): *Stellungnahme zu der Anfrage der Fraktion Die Linke. / Die PARTEI – Erneute Räumungen durch die Task Force*, 4.11.2024. In: *Rat der Stadt Duisburg, Ausschuss für Ordnungs- und Bürgerangelegenheiten* (Hg.), *Niederschrift der Sitzung Nr. 10 vom 4.11.2024*, 14-17. <https://sessionnet.owl-it.de/duisburg/bi/getfile.asp?id=1746806&type=do> (letzter Zugriff am 13.2.2025).
- Stadt Duisburg / EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (2021): *Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept*. Duisburg Hochfeld 2020. [https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen\\_bauen/integriertes-handlungskonzept-hochfeld/integriertes-stadtentwicklungskonzept-duisburg-hochfeld-2020.php.media/165933/DU\\_DS-21-0154\\_An1\\_2\\_ISEK\\_Du-Hochfeld\\_2020.pdf](https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen_bauen/integriertes-handlungskonzept-hochfeld/integriertes-stadtentwicklungskonzept-duisburg-hochfeld-2020.php.media/165933/DU_DS-21-0154_An1_2_ISEK_Du-Hochfeld_2020.pdf) (letzter Zugriff am 29.8.2025).
- Tita, Nadine / Mertens, Robin / Schmidt, Reinhard / Köbel, Alfred / Werlemann, Sarah / Lenßen, Jan Niklas (2021): *Integriertes Stadtentwicklungskonzept Duisburg Hochfeld 2020*. Fortschreibung. Duisburg, Februar 2021. [https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen\\_bauen/integriertes-handlungskonzept-hochfeld/integriertes-stadtentwicklungskonzept-duisburg-hochfeld-2020.php.media/165933/DU\\_DS-21-0154\\_An1\\_2\\_ISEK\\_Du-Hochfeld\\_2020.pdf](https://www.duisburg.de/microsites/pbv/planen_bauen/integriertes-handlungskonzept-hochfeld/integriertes-stadtentwicklungskonzept-duisburg-hochfeld-2020.php.media/165933/DU_DS-21-0154_An1_2_ISEK_Du-Hochfeld_2020.pdf) (letzter Zugriff am 1.11.2024).
- van Baar, Huub (2017): *Evictability and the biopolitical bordering of Europe*. In: *Antipode* 49/1, 211-230.
- Wacquant, Loïc (2007): *Urban outcasts: A comparative sociology of advanced marginality*. Cambridge: Polity.
- WAZ – Westdeutsche Allgemeine Zeitung (2025): *Kindergeldbetrug: Familienkasse verrät Fallzahlen für Duisburg*. In: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 2.7.2025. <https://www.waz.de/lokales/duisburg/article409401265/kindergeldbetrug-familienkasse-verraet-fallzahlen-fuer-duisburg.html> (letzter Zugriff am 29.8.2025).
- Wiese, Lena (2024): *„Taskforce Schrottimmobilie“ und die Mär von der Aufwertung*. In: *KUKSTDU – Kunst- und Kulturstudien in Duisburg e. V.* (Hg.), *EuropaLokal – Prekarisierung in Duisburg*. Duisburg: KUKSTDU e. V. [https://www.uni-due.de/imperia/md/content/iaq/europalokal\\_prekarisierung\\_in\\_duisburg\\_kuksdu\\_e.v.pdf](https://www.uni-due.de/imperia/md/content/iaq/europalokal_prekarisierung_in_duisburg_kuksdu_e.v.pdf), 21-28.

